


Geheime Dokumente veröffentlicht

«Die Entschuldigung bedeutet nicht, dass wir künftig alle Flüchtlinge aufnehmen können»

Protokolle zeigen, wie sich der Bundesrat 1995 zu einer Entschuldigung für die Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg durchrang. Gleichzeitig zögerte er bei der Aufnahme von Kriegs-vertriebenen aus dem Balkan.



Markus Brotschi
Publiziert: 01.01.2026, 06:39

25 | | | |

In Kürze:

- Bundespräsident Villiger entschuldigte sich 1995 für die Zurückweisung jüdischer Flüchtlinge während des Zweiten Weltkrieges.
- Neuveröffentlichte Dokumente zeigen die schwierige Vergangenheitsbewältigung und Debatten im Bundesrat vor der historischen Rede.
- Bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus dem Balkan gab es aber erneut Diskussionen um die Aufnahmepolitik.

Historische Reden sind im eidgenössischen Parlament rar. [Kaspar Villigers Ansprache am 7. Mai 1995](#) vor der Vereinigten Bundesversammlung verdient jedoch dieses Prädikat. 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entschuldigte sich der Bundespräsident im Namen der offiziellen Schweiz erstmals für die Zurückweisung jüdischer Flüchtlinge an der Grenze, was für die meisten den sicheren Tod bedeutete. «Bundespräsident Kaspar Villiger hat damals eine staatsmännische und mutige Rede gehalten», sagt Historiker Sacha Zala.

Zalas Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz ([Dodis](#)) hat Tausende Dossiers ausgewertet, deren Schutzfrist im Bundesarchiv am 1. Januar 2026 abläuft, und nun 1800 zentrale Dokumente publiziert. Erstmals sind damit die Diskussionen im Bundesrat vor und nach Villigers Entschuldigung einsehbar und belegen die [Mühen der Schweiz bei der Vergangenheitsbewältigung](#).

«Es herrschte ein vergiftetes Klima»

Noch im Herbst 1994 dachte der Bundesrat, dass es am 50. Jahrestag zum Kriegsende keinen Erinnerungsanlass brauche. Schliesslich habe die Schweiz 1989 mit den Diamantfeiern der Generalmobilmachung von 1939 gedacht. Doch die umstrittene Zelebrierung der Wehrhaftigkeit, die überraschend hohe Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative und die Fichenaffäre hatten Gräben aufgerissen und linker Gesellschaftskritik Auftrieb verliehen. «1995 herrschte in der Schweiz ein vergiftetes Klima, das sich nicht zuletzt in der unterschiedlichen Interpretation der Vergangenheit zeigte», sagt Zala.

Dass es zu Villigers Rede kam, lag am Parlament, das am 7. Mai eine ausserordentliche Sitzung zur Würdigung des Kriegsendes anberaumte. Gleichentags fand im Berner Münster eine Gedenkfeier statt. Bei beiden Anlässen kam die Landesregierung nicht um die Teilnahme herum, auch wenn sich die Begeisterung einzelner Mitglieder in Grenzen hielt.

Villiger: «Schweiz tut gut daran, sich zu entschuldigen»

Vier Tage vor den Gedenkanklässen [diskutierte der Bundesrat](#), wie dem Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht werden sollte. Aussenminister Flavio Cotti (CVP) schlägt vor, dem IKRK 50 Millionen Franken zu spenden. Doch der Vorschlag wurde verworfen. Es sei falsch zu meinen, mit Geld könne man alles gut machen, sagt Finanzminister Otto Stich. FDP-Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz lobte die enorme Arbeit des IKRK, war aber auch gegen die Spende und nervte sich: «Jede Woche kommt eine neue Idee auf, wie man diesem Jahrestag gedenken könnte.» Villiger seinerseits stellte Auszüge aus seiner Rede vor. «Nach reiflicher Überlegung und vielen Gesprächen» sei er zum Schluss gekommen, «dass der Bundesrat gut daran täte, sich für die in der Vergangenheit gegenüber den verfolgten Juden begangenen Fehler zu entschuldigen».

SP-Bundesrat Stich war mit Villigers Sätzen einverstanden, mahnte jedoch: «Die Entschuldigung bedeutet nicht, dass wir künftig alle Flüchtlinge aufnehmen können.» SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss lobte Villiger dafür, den Schritt einer Entschuldigung zu machen. Allerdings bestehe das Drama darin, dass niemand mehr die Entschuldigung entgegennehmen könne.

Gleichzeitig rang sich der Bundesrat durch, den vier Siegermächten einen Dankesbrief zur Befreiung Europas zu schicken sowie Villiger zur Gedenkfeier nach Paris und [Delamuraz zu jener nach Moskau](#) zu delegieren. Ursprünglich wollte sich der Bundesrat nur durch die Botschafter vertreten lassen.

Zala ist nach Sichtung der publizierten Dokumente überzeugt, dass Villiger einen persönlichen Prozess durchgemacht hat. In einem [frühen Redeentwurf](#) sei keine Absicht für eine Entschuldigung zu erkennen. Die Rede selbst habe Erkenntnisse wiedergegeben, die seit Anfang der 80-Jahre aus der historischen Forschung vorgelegen hätten. «Das politische Kunststück von Villigers Rede war, dass er sich für die Flüchtlingspolitik entschuldigte und gleichzeitig die Leistung der Kriegsgeneration würdigte.» Dabei habe Villiger bei allen Fehlern der Schweiz auf anklagende Worte verzichtet. Die Entschuldigung sei nicht auf äusseren, sondern auf inländischen Druck erfolgt.

Vorboten der Debatte über nachrichtenlose Vermögen

Noch ahnte die Schweiz nicht, was auf sie zu kam. Bei einem [Höflichkeitsbesuch von Edgar Bronfman](#), Präsident des World Jewish Congress, bei Villiger im Herbst 1995 gab es zwar einen Austausch über «herrenlose Vermögen auf Schweizer Banken». Nach Meinung des Bundesrates sollte dieses [Problem aber privatrechtlich gelöst](#) werden.

Welches explosive Potenzial die nachrichtenlosen Vermögen und die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg international bereits zwei Jahre später entfalten sollten, sei im Bundeshaus nicht vorausgesehen worden, sagt Zala.

Streit um Kriegsflüchtlinge aus dem Balkan

Für die Dodis-Forscher erscheint eine Diskussion des Bundesrats wenige Monate später über den Jugoslawienkrieg «wie ein Zerrbild des Schuldeingeständnisses zur Flüchtlingspolitik». Unter dem Eindruck Hunderttausender Flüchtlinge aus Bosnien und Kroatien hatte das UNO-Hochkommissariat die Schweiz um die Aufnahme zusätzlicher Kriegsvertriebener gebeten. Da der Bundesrat in den Sommerferien weilte, wurde eine [Telefonkonferenz](#) anberaumt. Justizminister Arnold Koller schlug eine internationale Konferenz vor, um Aufnahmequoten zu diskutieren.

Doch Stich warnte vorzupreschen: «Dies könnte zum Bumerang werden, indem die anderen Staaten dies zum Anlass nehmen könnten, von der Schweiz als Initiantin eine möglichst grosszügige Offerte zu erwarten.» Schon 1000 zusätzliche Kriegsvertriebene seien zu viel. Auch Adolf Ogi mahnte zur Zurückhaltung. Es sei zu vermeiden, dass kurz vor den Nationalratswahlen «rechtsextremen Gruppen in der Schweiz Wahlkampfmunition geliefert» werde. Villiger fand, dass der Ruf nach grosszügiger Aufnahme nur in den Medien vorherrsche und es im Volk anders aussehe. Cotti und Dreifuss hingegen erachteten hingegen die Aufnahme von 1000 Menschen als das Minimum.

Schliesslich legte sich der Bundesrat auf keine Zahl fest. Nach aussen sollte die Schweiz vorerst nur die Bereitschaft zur angemessenen Beteiligung bei der Aufnahme von Flüchtlingen signalisieren.